

Protokoll über die gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse „Bildung“ der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 13.09.2011 in der Grundschule Am Pulverberg, Schleswiger Straße 10

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.15 Uhr

Fi.: Nr.: XI/3/11
Wa.: Nr.: XI/2/11
Grö.: Nr.: XI/2/11

Anwesend waren:

FA „Bildung, Kinder und Jugend“ – Findorff:

Frau Gönül Bredehorst
Herr Christian Gloede
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Rolf Steinhilber

FA „Bildung und Weiterbildung“ – Walle:

Frau Nicola Domann
Herr Joseph Heseding
Herr Jens Hirschberg
Herr Mirko Pätsch
Herr Gerd-Rüdiger Kück
Herr Ingo Lenz
Frau Nicoletta Witt

FA „Bildung, Kultur, Integration und Sport“ – Gröpelingen:

Herr Bernd Brejla
Herr Martin Reinekehr
Frau Petra Wontorra
Herr Rolf Wroblewski
Frau Barbara Wulff

An der Teilnahme waren verhindert:

Herr Carsten Cramm, Beirat Findorff
Frau Katharina Krieger, Beirat Findorff (i.V. Herr Gloede)
Herr Jan Sörnsen, Beirat Findorff
Herr Özcan Kara, Beirat Walle (i.V. Herr Kück)
Frau Halime Cengiz, Beirat Gröpelingen (i.V. Frau Wulff)
Herr Nils Janßen, Beirat Gröpelingen
Herr Adedipo Ogunyena, Beirat Gröpelingen
Frau Gabriele Yardim, Beirat Gröpelingen

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Herr Bothmann, Herr Gosch, Herr Heinrichs – Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Als einziger Tagesordnungspunkt wurde vorgeschlagen:

„Stundenreduzierung an den Schulstandorten des Bremer Westens“

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt.

„Stundenreduzierung an den Schulstandorten des Bremer Westens“

Der Vorsitzende erläutere kurz den Anlass der Sitzung und die Bitte der Beiräte des Bremer Westens, mit der politischen Spitze über die Meldungen, dass es zu Kürzungen bei den Lehrerstunden kommen werde, sprechen zu wollen. Leider steht die Senatorin wegen anderer Verpflichtungen nicht zur Verfügung und wird von den Herren Bothmann, Gosch und Heinrichs aus der Bildungsbehörde vertreten.

Herr Bothmann räumte zunächst ein, dass der Zeitpunkt der Mitteilung an die Schulen direkt vor den Sommerferien, es müssten Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass rote Zahlen geschrieben würden, schlecht gewählt war. Dafür habe man sich bei den Schulleitungen entschuldigt.

Herr Bothmann, unterstützt von Herrn Gosch und Herrn Heinrichs, erklärte umfassend die Situation und Perspektiven für die Schulen des Bremer Westens. Er führte dabei aus, dass die Berichterstattungen zum Thema Stundenkürzungen an Schulen und hier speziell an denen des Bremer Westens falsch seien. Die drei Schulen mit gymnasialen Oberstufen (Findorff, Walle und Rübekamp) sind in diesem Jahr gar nicht sondern, wenn überhaupt, zum 1. August 2012 betroffen. Ebenso sind Berichte, dass Kurse zusammengelegt würden, nicht korrekt.

Gleichzeitig wies Herr Bothmann den Vorwurf zurück, es würde nicht jede Lehrerstelle, die durch Krankheit oder Pensionierung frei wird, wiederbesetzt werden. Dies sei ebenfalls nicht richtig. Im Sekundarbereich wurde die Zahl der Abgänge sowohl in der Anzahl der Personen als auch der Stellen durch Neueinstellungen sogar leicht erhöht. Für den Sek. 2-Bereich und bei den beruflichen Schulen ist die Situation dagegen neutral.

Als Problem stellt sich dar, dass die Schülerzahlen bisher nach der Belegung in der Einführungsphase berechnet werden. Da eine große Zahl (zwischen 25 und 40 %) an Schülern aus verschiedenen Gründen später doch einen anderen Ausbildungsweg gehen, muss dies in Zukunft berücksichtigt werden. Dieses teilweise eklatante Missverhältnis zwischen den Lehrerstunden, die zugewiesen wurden und den tatsächlichen Schülerzahlen an den betroffenen Schulen müsse abgebaut werden. Ziel muss aber sein, allen Schulen die Mittel an die Hand zu geben, ihren Auftrag erfüllen zu können.

Auf Nachfrage erklärte Herr Bothmann, dass in Bremen insgesamt die Schülerzahlen fallen, im Westen dagegen immer noch steigende Schülerzahlen zu verzeichnen sind. Dies allerdings weniger bei den Grundschulen sondern zunehmend bei den oberen Jahrgängen und zwar auch durch Zuwanderungen und Zuzüge. Dies sei aber auch positiv, weil damit die Infrastruktur gehalten werden könne.

Ebenfalls auf Nachfrage bestätigte Herr Heinrichs, dass alle geplanten Bedarfsanpassungen bei den Grundschulen im Bremer Westen zurück genommen wurden. Es werden sogar noch Einstellungen zum 1. Nov. d. J. vorgenommen und zwar dort, wo noch ein Defizit vorhanden war. Waller Ring ist die einzige Oberschule, die trotz geplanter Neueinstellung ebenfalls zum November, noch ein leichtes Minus hat, welches aber zum nächsten Schuljahr ausgeglichen werden soll.

Bei einer Gesamtstundenzahl von rd. 2.080 Stunden an der Oberschule Findorff hat es zunächst eine Anpassung im Bedarf per Saldo in einer Größenordnung von 25 Stunden gegeben, dagegen steht ein Überhang von fast 14 Stunden und somit ein Minus von 11 Stunden. Es wird derzeit geprüft, dies eventuell schon zum November ausgleichen zu können.

Hinsichtlich der Zukunftsperspektive im Bremer Westen konnte Herr Bothmann berichten, dass Planungen für eine zusätzliche Oberschule in Gröpelingen bereits konkretisiert würden. Hauptaugenmerk gelte dabei einem Standort am Ohlenhof, an dem zunächst mit Mobilbauklassen ein Schulbetrieb ermöglicht würde.

In diesem Zusammenhang wurde aus dem Beirat Gröpelingen darauf hingewiesen, dass in diesem Stadtteil nur 15 bis 20% das Abitur erreichen, hingegen in besser situierten Stadtteilen bis 70 %.

Aus dem Beirat Findorff wurde zur Vorbereitung der nächsten Planungskonferenz um folgende Zahlen gebeten. Anzahl der Lehrkräfte, die in den nächsten fünf bis acht Jahren im Bremer Westen, aufgeteilt nach Schulen und möglichst auch Fächerkombinationen, in den Ruhestand gehen. Es wäre wünschenswert, wenn vorbeugend ein Überhang durch Neueinstellungen gebildet würde, um einer vermutlich großen Zahl von ausscheidenden Kräften eine adäquate Zahl entgegen setzen zu können.

Herr Gosch verwies dazu auf einen Link auf der Homepage, welchen er dem Ortsamt mitteilen werde. Dort seien die gewünschten Zahlen nachzuvollziehen. Bezüglich der Fächerkombinationen seien diese zwar für die Praxis nicht immer relevant, könnten aber vorgelegt werden. Zur Frage des Nachwuchses wurde erklärt, dass für dieses Jahr das Referendariatsgehalt für 530 Kräfte gesichert sei und zwar für volle 12 Monate.

Herr Wroblewski trug den unter Anlage 1 aufgeführten Antrag vor.

Herr Heseding meldete zu diesem Verfahren Bedenken an. Es wurde vereinbart, dieses Thema zunächst in den Gremien der Beiräte Walle und Findorff zu diskutieren.

Herr Gloede regte an, gemeinsame Planungskonferenzen abzuhalten.

Herr Heseding trug folgenden Antrag vor:

„Die Stadtteilbeiräte Walle, Findorff und Gröpelingen fordern die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit auf, die Ausstattung der Oberstufen in Absprache mit den Schulen so zu gestalten, dass eine qualitative Verbesserung des Unterrichts gewährleistet wird. Besondere Förderbedarfe müssen auch weiterhin sichergestellt werden. Die pauschale Einsparung des Beschäftigtenvolumens um 1,2% (KOA-Vertrag) muss zurück genommen werden.“

Im Laufe der Aussprache wurde „Oberstufen“ in „Schulen“ geändert. Der Antrag wurde nacheinander in den Ausschüssen Walle, Findorff und Gröpelingen einstimmig angenommen.

Herr Brejla trug den als Anlage 2 beigefügten Antrag vor.

Herr Wroblewski schlug vor, den Antrag zunächst auszusetzen und gegebenenfalls im Bildungsausschuss in Gröpelingen zu diskutieren.
Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Vorsitzender:

Protokollant:

- Mester -

- Bischoff –

Sprecher (Findorff):

Sprecher (Walle):

Stellvertr. Sprecher
(Gröpelingen):

- Steinhilber -

- Heseding -

- Wroblewski –

Anlagen

Interfraktioneller Antrag des Bildungsausschusses Gröpelingen an die gemeinsame Bildungsausschusssitzung Walle, Gröpelingen und Findorff

Beschluss

Die Bildungsausschüsse des Bremer Westens stellen fest, dass eine gemeinsame Bildungsplanung zwingend notwendig ist. Hierfür wird ein Gremium eingerichtet, welches aus Vertretern der Bildungsausschüsse und der Bildungsbehörde besteht. Das öffentlich tagende Gremium soll die für den Bremer Westen relevanten Beschlüsse der Bildungsbehörde mit erarbeiten. Schulleitungen und Elternvertreter werden beratend dazugezogen.

Begründung

Bei den bisherigen Planungen wurden alle Gremien von der Bildungsbehörde vor vollendete Tatsachen gestellt, obwohl es schon gute Ansätze in den Stadtteilen gab. Wir erwarten mehr Transparenz im Handeln der Bildungsbehörde und eine rechtzeitige Information. Wir erinnern an dieser Stelle an die ausgeweiteten Beteiligungsrechte der Beiräte (seit der letzten Änderung des Beirätegesetzes).

Dringend müssen die offenen Punkte wie z.B.:
Ein weiterer Schulstandort und weiterer Schulraum gelöst werden. Die Einrichtung einer Sek. II in Gröpelingen wurde auch schon mal in Aussicht gestellt.

Wenn es in den jeweiligen Stadtteilen ausreichend wohnortnahen Schulraum gibt, werden die aufnehmenden Stadtteile entsprechend entlastet. Dringend benötigt wird auch eine Personal- und Sachausstattung, die sich an den sozialen Bedürfnissen (hier auch speziell die Bedürfnisse der neu eingeführten Inklusion) orientiert. Ein weiteres Ziel ist auch Aufwertung der benachteiligten Stadtteile.

Die demografische Rendite wird man erst dann bekommen, wenn man jetzt in Bildung investiert und später weniger Ausgaben in den Bereichen Soziales und Justiz hat.

Wir möchten auch an die bereits gestellten Anträge bezüglich der Stundenkürzungen, Personal und Sachausstattung, Zügigkeit sowie ausreichenden Schulraum im Bremer Westen erinnern!

Chronologie der Ereignisse

An den Beirat Gröpelingen
Über Ortsamt West
Waller Heerstraße 99
28219 Bremen

Kürzungen im Bildungsbereich.

Bremen, den 13.09.2011

Der Bildungsausschuss Gröpelingen möge beschließen:

1. Der Bildungsausschuss Gröpelingen spricht sich entschieden gegen Pläne der Landesregierung aus, den Landeshaushalt zu Lasten der Schulen zu sanieren.
2. Der Bildungsausschuss Gröpelingen fordert die Senatorin für Bildung auf, die jüngst bekannt gewordenen Kürzungen an den Schulen zurück zu nehmen.
3. Der Bildungsausschuss Gröpelingen fordert die Senatorin für Bildung auf, die in der „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 – 2015“ (Koalitionsvertrag) festgeschriebenen jährlichen Personalkürzungen an den Schulen von 1,2 % nicht umzusetzen. Stattdessen müssen die Ausgaben für Bildung erhöht werden.
4. Der Bildungsausschuss Gröpelingen fordert die Senatorin für Bildung auf, dafür Sorge zu tragen, dass an den Oberschulen die Vierzügigkeit umgesetzt wird.
5. Der Bildungsausschuss Gröpelingen fordert die Senatorin für Bildung auf, die in der vergangenen Legislaturperiode gemachte Zusage für eine neue Oberschule im Bremer Westen, bevorzugt in Gröpelingen, zu konkretisieren und zeitnah umzusetzen. Es muss für Gröpelinger Schüler endlich auch die Möglichkeit geschaffen werden, das Abitur in Gröpelingen abzulegen.

Wir bitten, die einzelnen Punkte einzeln abzustimmen.

Begründung:

Die Bildungseinrichtungen erfuhren am letzten Schultag von den Plänen der zuständigen Behörde, dass sie die Streichungen unmittelbar zu Beginn des neuen Schuljahres umsetzen sollten. Referendarinnen und Referendaren werden nicht übernommen, verstärkter